

Dokumentation der Fachtagung »Rechtspopulistischen und rechtsextremen Mobilisierungen entgegentreten, Willkommenskultur für Flüchtlinge und Asylsuchende etablieren«

8. Dezember 2015, Hamburg

Viele Menschen, die sich ehrenamtlich oder in ihrer beruflichen Tätigkeit für Flüchtlinge einsetzen, sind Anfeindungen oder Bedrohungen bis hin zu tätlicher Gewalt von Rechten ausgesetzt. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Aydan Özoğuz, unterstützt deshalb in Zusammenarbeit mit der Amadeu Antonio Stiftung und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ein Coaching-Programm, um Haupt- und Ehrenamtliche im Umgang mit rechten Populisten zu stärken. Den Auftakt der dreiteiligen Fachtagungsreihe »Rechtspopulistischen und rechtsextremen Mobilisierungen entgegentreten, Willkommenskultur für Flüchtlinge und Asylsuchende etablieren« bildete am 8. Dezember 2015 die Veranstaltung in Hamburg. Dazu erklärte Staatsministerin Özoğuz:

»Wer Flüchtlingen hilft, bekommt leider immer häufiger Gegenwind: Sei es subtil aus dem direkten Umfeld oder von rechten Gruppen, die ganz offen Hassparolen verbreiten, Ehrenamtliche wie Hauptamtliche bedrohen oder sogar angreifen.

Das Ziel solcher Anfeindungen ist klar: Helfer sollen eingeschüchtert werden. Mir ist deshalb wichtig, dass wir Menschen besser darin unterstützen, wie sie Rechtspopulisten Paroli bieten können. Das Engagement der vielen Freiwilligen oder hauptamtlichen Mitarbeiter in der Verwaltung ist das Rückgrat unserer Demokratie, sie brauchen unsere ganze Unterstützung. Konkret fehlt es aber häufig an Ansprechpartnern und Fachwissen, an Kenntnissen der Rechtslage oder Wissen über Mediations-, Kooperations- und Schutzmöglichkeiten.

Mit dem Coaching wollen wir deshalb wichtige Akteure der Kommunalpolitik zusammenbringen und ihnen Möglichkeiten zum gemeinsamen Austausch und zur Fortbildung bieten.

Für die Menschen, die sich engagieren, ist diese Unterstützung auf mehreren Ebenen wichtig: Sie können sich nicht nur vernetzen und austauschen, sondern erfahren von anderen Experten aus Verwaltung, Partnerschaften für Demokratie, Zivilgesellschaft und Beratungsnetzwerken, welche Wege es vom Willkommen zum Ankommen gibt, wie einzelne Akteure noch stärker auf kommunaler und Landesebene gegen rechte Bedrohungen handeln



können und wie mit Anwohnern richtig kommuniziert wird.

Experten aus der Verwaltung und Aktive aus Vereinen und Verbänden und anderen bürgerschaftlichen Bündnissen kommen hier zusammen, um sich in Workshops über die Strategien von Kollegen zu informieren. Das kann ganz konkret die Frage sein, welche Sicherheitskonzepte wirksam sind oder auch wie lokale Aktionspläne durchgesetzt werden können.

Unser Signal muss sein: Keiner muss sich alleine gegen Rechte stellen. Es gibt Mittel und Wege, wie man sich auch als Ehrenamtlicher gegen rechte Hetze und Schikane wehren kann. Ich bin deshalb froh, dass wir die heutige Fachtagung Anfang des kommenden Jahres an zwei weiteren Orten abhalten können, um dort die Menschen zu stärken.«

Die nächsten beiden Veranstaltungen finden am 15. Januar 2016 in Weinheim (Baden-Württemberg) und am 18. Januar in Erfurt (Thüringen) statt.

Handlungsbedarf

Das Engagement der vielen Freiwilligen oder hauptamtlichen Mitarbeiter in der Verwaltung für Flüchtlinge ist das Rückgrat unserer Demokratie. Sie brauchen alle Unterstützung. Häufig fehlt es aber an Ansprechpartnern und Fachwissen, an Kenntnissen der Rechtslage oder Wissen über Mediations-, Kooperations- und Schutzmöglichkeiten. Der Auftakt der dreiteiligen deutschlandweiten Veranstaltungsreihe »Rechtspopulistischen und rechtsextremen Mobilisierungen entgegentreten, Willkommenskultur für Flüchtlinge und Asylsuchende etablieren« fand am 8. Dezember 2015 in Hamburg statt.

Ergebnisse der Fachtagung

Dass Flüchtlinge eine Bereicherung für unser Leben und unser Land sind, finden laut jüngsten Umfragen die meisten Deutschen. Trotzdem sind die Menschen, die zu uns geflüchtet sind, gerade massiv von rassistischer Gewalt bedroht. Sie werden beschimpft, geschlagen, müssen Brandanschläge auf ihr Zuhause fürchten. Bereits im August 2015 überstieg die Zahl der Delikte gegen Flüchtlinge das gesamte Vorjahr bei weitem. Die körperlichen Übergriffe haben sich mehr als verdreifacht. Die Zahl der Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte hat sich im Vergleich zu 2014 insgesamt vervierfacht. Die Dunkelziffer dürfte deutlich höher liegen. Und die Taten richten sich nicht nur gegen Flüchtlinge, sondern auch gegen Migranten, Muslime und schwarze Deutsche. Auch Sozialarbeiter, Betreiber von Flücht-



lingsheimen, Mitarbeiter der Verwaltung und Ehrenamtliche sind immer wieder mit rechtspopulistischen und sogar mit rechtsextremen Anfeindungen und Übergriffen konfrontiert.

Treffen Hetzparolen rechtsextremer Gruppen auf diffuse Vorbehalte von Bürgern, entsteht ein Klima der Ablehnung gegenüber Flüchtlingen. Manchmal begehen sogar Anwohner, die zuvor nie straffällig geworden waren, die Taten. Um eine Willkommenskultur in unserer Gesellschaft zu etablieren, muss die offene Mehrheit der Gesellschaft gemeinsam den rechtsextremen und rassistischen Mobilisierungen entgegentreten. Die Zivilgesellschaft muss sich vernetzen und zusammen handeln, damit Hetze und Übergriffe keinen Platz haben.

Wir stünden jetzt an einem Scheidepunkt, sagte Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, auf der Veranstaltung. »Jetzt werden wichtige gesellschaftliche Fragen diskutiert, jetzt liegen viele Themen auf dem Tisch, über die lange geschwiegen wurde«, erklärte sie. »Die Weichen sind positiv gestellt: Sehr viele Menschen engagieren sich schon für eine offene Gesellschaft. Da müssen wir ansetzen.«

Die Integrationsbeauftragte Aydan Özoğuz betonte in ihrer Begrüßung: »In Deutschland haben wir eine starke Zivilgesellschaft. Es kommt jetzt darauf an, gemeinsam gegen Rassismus einzutreten und auf Vorbehalte zu reagieren.«

Dass die Bürger sich stärker für eine offene Gesellschaft engagieren, forderte auf der Tagung auch Nisar Gardi von der Betroffenenberatungsstelle Empower in Hamburg. Sie berichtete, dass die meisten Geflüchteten und Migranten stark unter Rassismus im Alltag leiden, und forderte jeden auf, vor Ort Solidarität mit den Betroffenen rassistischer Gewalt zu zeigen, und gemeinsam mit Zugewanderten die Willkommenskultur zu etablieren.

Wie die offiziellen Stellen mithelfen wollen und können, gute Rahmenbedingungen für ein offenes gesellschaftliches Klima zu schaffen, berichtete Nicole Möhre

von der Hamburger Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration. Ein wichtiger Baustein ist die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Beratungsstellen sowie die eindeutige öffentliche Positionierung der öffentlichen Stellen.

Imam-Jonas Dogesch vom Verein Migranet in Mecklenburg Vorpommern berichtete, wie in Rostock versucht wird zu verhindern, dass Rechtsextreme keine Bühne bekommen. Vor und nach öffentlichen Veranstaltungen und Demonstrationen treffen sich Behördenmitarbeiter, Polizeibeamte und Flüchtlingshelfer am Runden Tisch.

In acht Workshops sprachen die Teilnehmer dann darüber, wie man in seinem Umfeld ganz praktisch eine Kultur des Willkommens schafft und wie man rechten Pöbeleien den Boden entzieht. Das wichtigste Ergebnis der Tagung: Man muss sich austauschen, zusammenschließen und Bildungsarbeit leisten. Gerade diesen Austausch und die Vernetzung können die vom Bundesfamilienministerium im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie des Programms »Demokratie leben!« geförderten Fach- und Koordinierungsstellen gut leisten.

Nachfolgend finden Sie einige ausgewählte Ergebnisse der ersten Tagung in Hamburg, an der 85 Praktiker aus ganz Norddeutschland teilgenommen haben. Es sind praktische Tipps für alle, die mit Flüchtlingen zusammenarbeiten.

Weiterführende Informationen zur Chronik rechtsextremer und rassistischer Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und Flüchtlinge: <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle>

Wie informiert man Anwohner über eine neue Unterkunft?

Wie eine öffentliche Informationsveranstaltung zu einem neuen Flüchtlingsheim eskalieren kann, hat das Beispiel von Berlin-Hellersdorf gezeigt. Rechtsextreme kaperten im August 2013 die Veranstaltung des Bezirks und hetzten gegen Geflüchteten. Politiker und Mitarbeiter der zuständigen Behörden schauten überrumpelt zu, wie die Rechten sich als Kümmerer darstellten, die die Ängste der Anwohner ernst nahmen.

Bianca Klose von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin erklärte auf der Tagung in Hamburg, wie man bei Informationsveranstaltungen rechte Hetze verhindert, und wie man die Gelegenheit nutzt, um im Umfeld der Unterkünfte ein offenes Klima zu schaffen. Zunächst muss von Anfang an klar sein, dass die Un-



terkunft selbst nicht zur Debatte steht. Schon im Titel sollte außerdem eine menschenrechtsorientierte Positionierung deutlich werden (gute Berliner Beispiele sind »Grünau hilft« oder »Willkommen im Westend«). Es ist sinnvoll, Rechtsextreme im Vorhinein auszuladen. Das funktioniert allerdings nur, wenn die Veranstaltung in einem geschlossenen, nicht öffentlichen Raum stattfindet, zum Beispiel in einer Kirche oder in Vereinsräumen. In der Einladung (und bei allen Hinweisen auf die Veranstaltung) muss dann eine entsprechende Klausel stehen.

Von einer öffentlichen Veranstaltung können Rechtsextreme nur nach einer groben Störung ausgeschlossen werden. Um das gut einschätzen zu können, ist es sinnvoll, einen Rechtsanwalt dazu zu bitten. In jedem Fall sollte man die zuständige Polizeibehörde über die Veranstaltung informieren und dazu einladen.

Auf dem Podium sollten wichtige Akteure aus der Nachbarschaft sitzen, Politiker, Verwaltungsangestellte, Vereinsvorsitzende, Vertreter von Kirchen oder Moscheen, Mitglieder von migrantischen Selbstorganisationen, möglicherweise auch Mitarbeiter der künftigen Unterkunft und Polizisten. Die Anwohner sollen sehen, dass ihr Umfeld für eine Willkommenskultur steht. Außerdem sollen sie das Gefühl haben, dass ihre Fragen ernst genommen werden.

Die Vortragenden sollten gut ausgewählt werden. Nicht jeder Verwaltungsangestellter kann vor Publikum gut einen humanistischen Ansatz durchsetzen. Die Redner müssen geschlossen auftreten und dürfen eigene Verunsicherung nicht artikulieren. Sätze wie »wir wurden nicht informiert« oder »wir sind irritiert« dürfen nicht fallen. Es muss Platz für Bedenken geben, aber sie dürfen nicht befeuert werden.

Zu Beginn der Veranstaltung muss klar gemacht werden, dass Diskriminierungen und Pöbeleien nicht hingenommen werden. Muss man davon ausgehen, dass bei einer solchen Informationsveranstaltung eine rassistische Stimmung herrscht, kann man das Publikum bitten, Fragen schriftlich zu verfassen. Das macht es leicht-

ter, die Kontrolle über die Redebeiträge zu behalten. Die Redezeit sollte in jedem Fall begrenzt sein. Es ist wichtig, in der Diskussion klarzustellen, dass das Recht auf Asyl eine gesetzliche und humanitäre Verpflichtung ist.

Auf bestimmte Vorbehalte sollte man sich vorbereiten, zum Beispiel auf den Vorwurf, dass die Bürger nicht zur Einrichtung der Unterkunft befragt wurden, oder auf die Frage, ob die Kriminalität in der Nachbarschaft steigt. Darauf können zum Beispiel Polizisten Auskunft geben.

Integrationsstaatsministerin Aydan Özoğuz nannte in ihrer Begrüßung ein Beispiel, wie man Bedenkensträger bei solchen Gelegenheiten antworten kann. Den Anwohnern einer geplanten Flüchtlingsunterkunft, die fürchteten, die Grundstückspreise würden sinken, schlug ein Bürgermeister in Norddeutschland einen entwaffnenden Deal vor. Wären die Preise in fünf Jahren tatsächlich gesunken, würde er Ihnen aus der Gemeindekasse die Differenz zahlen. Wären die Grundstückspreise aber in fünf Jahren gestiegen, müssten die Anwohner die Differenz an die Gemeinde zahlen. »Danach war das Thema erledigt«, so Özoğuz.

Weitere Informationen:

www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2014/08/mbr_keinebuhne_web.pdf

Wie schafft man ganz praktisch in seinem Umfeld eine Willkommenskultur?

Bürgerbewegungen gegen Flüchtlingsunterkünfte entstehen oft spontan und werden häufig später von Nazis gekapert. Wenn die rechten Stimmungsmacher auf Alltagsrassisten oder verängstigte Bürger stoßen, kann es schnell gefährlich werden. In Mecklenburg-Vorpommern brannte vor kurzem wenige Stunden nach einer missglückten Informationsveranstaltung zu einem neuen Flüchtlingsheim die (noch nicht bezogene) Unterkunft. Im Vorfeld war in sozialen Netzwerken und auf Demos massive Hetze verbreitet worden.

Demokratieberater, Behördenmitarbeiter und Heimbetreiber müssen solche Bürgerbewegungen beobachten und gemeinsam im Umfeld der Unterkunft eine offene Stimmung schaffen. Potentiellen Brandstiftern und Pöblern muss signalisiert werden: »wir sind viele« und »wir verurteilen euch.«

Miriam Camara und Theresa Mair von der Aktion Schutzschild der Amadeu Antonio Stiftung raten, in allen Lebensbereichen Allianzen zu schmieden, und zwar am besten noch bevor Flüchtlinge zuziehen. Die Bündnisse sollte man der Umgebung öffentlich kommunizieren, mit einer Webseite und mit Plakaten. Eine

gut vernetzte und organisierte Willkommens-Gruppe auf Facebook sei die beste Antwort auf die Gruppe, in denen sich Gegner von Heimen sammeln, sagte Miriam Camara. »Die Zivilgesellschaft muss im Dialog stehen.«

In der Stadt Ratzeburg wurden für eine bessere Vernetzung Telefonlisten erstellt mit den Kontaktdaten aller Menschen, die in der Gemeinde mit Flüchtlingen arbeiten.

Die vom Bundesfamilienministerium im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie des Programms »Demokratie leben!« geförderten Fach- und Koordinierungsstellen können einen wichtigen Beitrag zur Willkommenskultur leisten. Ein Demokratieberater aus Mecklenburg-Vorpommern berichtete zum Beispiel, dass er Schüler mit älteren Deutschen mit Fluchterfahrung zusammenbrachte und es so schaffte, Verständnis für die Zugezogenen zu wecken. Die einst Vertriebenen erzählten zunächst, wie sie nach der Flucht von der ansässigen Gemeinschaft schikaniert und abgelehnt wurden. Anschließend sprachen sie mit den Schülern über die aktuelle Situation von Asylbewerbern in Deutschland. Die Kinder, die zum Teil aus Familien völkischer Siedler stammten, setzten sich dabei empathisch mit der Perspektive von Flüchtlingen auseinander.

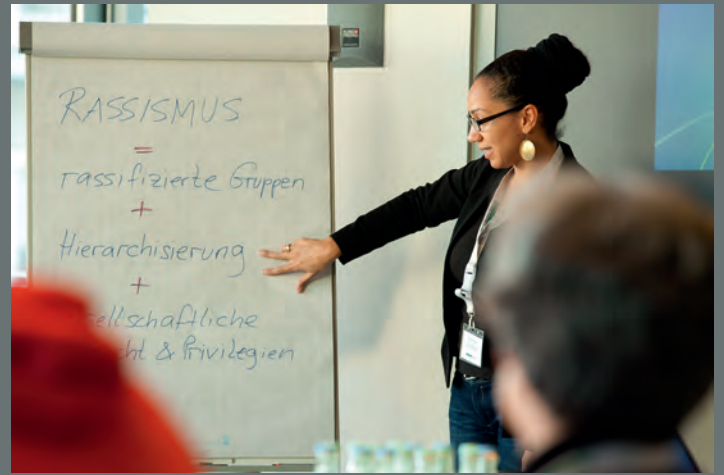
Auch das Konzept der »Interkulturellen Öffnung« kann hilfreich sein, um eine Willkommenskultur zu etablieren. Es geht dabei darum, das Verhältnis zwischen Deutschen und Zugewanderten und überhaupt zwischen unterschiedlichen Lebensformen zu hinterfragen, Barrieren abzubauen und Anerkennung zu schaffen.

Um eine Debatte über Machtverhältnisse anzustoßen, können Demokratieberater bei Treffen mit Anwohnern zum Beispiel fragen, wie sie selbst Situationen des Ankommens erlebt haben, was ihnen geholfen hat, um besser zurecht zu kommen, was schlechter lief.

Wie geht man mit rechten Aufmärschen und rassistischen Pöbeleien um?

Planen Rechtsextreme eine Demonstration in der Stadt oder sogar in der Nähe der Unterkunft, müssen Mitarbeiter von Flüchtlingsheimen und natürlich auch die Flüchtlinge selbst informiert werden. Sie müssen wissen, wer der Veranstalter ist und gegen wen sich der Protest richtet. Wachleute, Mitarbeiter und Asylbewerber müssen die Gelegenheit haben, Fragen zu stellen und Ängste zu artikulieren.

Eine Herausforderung ist der Umgang mit rassistischen Gerüchten. In Flensburg kursierten kürzlich »Freikarten für Flüchtlinge für einen einmaligen Bordellbesuch«, gesponsert angeblich von der Stadt. Als



eine Frau aus einer Unterkunft in Mecklenburg-Vorpommern auszog, ging das Gerücht um, sie sei vergewaltigt worden. Als die Polizei vor einem Flüchtlingsheim hielt, hieß es, dort lebe ein Terrorist. Elisabeth Schönrock vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement erklärte, dass es angesichts solcher Anschuldigungen wieder wichtig sei, Netzwerke zu nutzen und den Dialog mit den Anwohnern zu suchen.

Ein Demokratieberater aus Mecklenburg Vorpommern berichtete in einem Workshop, er versuche, auf rassistische Gerüchte mit Humor zu reagieren. Bei einem Fest habe er Anwohner zum Beispiel gefragt, welche Plätze im Dorf ihrer Meinung nach denn besonders von Anschlägen gefährdet seien.

Auf der Tagung wurde deutlich, dass Lokalzeitungen sich ihrer Verantwortung, zu einer friedlichen und offenen Gesellschaft beizutragen, oft nicht bewusst sind. Der Nordkurier verbreitete wohl die Falschmeldung, Asylbewerber hätten einen Schäferhund erstochen, die Ostseezeitung gab das Gerücht wieder, Flüchtlinge hätten eine Ziege aus einem Streichelzoo aufgegessen. Es ist wichtig, eng mit Journalisten zusammenzuarbeiten und sie über den Hintergrund rechter Propaganda aufzuklären.

Weiterführende Informationen über den Umgang mit rechter Hetze gibt es hier:

https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/broschuere_pro_contra_internet.pdf

Wie können Sicherheitsdienste und Betreiber von Unterkünften ihr Personal in Flüchtlingsheimen auswählen und schulen?

Ein Reporter der TV-Sendung »Team Wallraff« schleuste sich im vergangenen Jahr in ein Sicherheitsunternehmen ein und arbeitete als Wachmann in einer Flüchtlingsunterkunft in Hamburg. Er deckte auf, dass seine neuen Kollegen Geflüchtete schikanierten

und beschimpften. Es ist nur ein Fall von vielen. Immer wieder wird bekannt, dass Wachdienstmitarbeiter in Flüchtlingsheimen rassistisch hetzen. Unternehmer müssen Angestellte und Bewerber genau anschauen, gerade jetzt, da viele neue Wachleute für Flüchtlingsheime eingestellt werden.

Katharina Höfel und Kay Seligmann vom Hamburger Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus arbeiten seit jenem Team-Wallraff-Bericht mit der betroffenen Hamburger Sicherheitsfirma zusammen.

Aus ihrer Erfahrung haben sie Tipps für alle Firmen ausgearbeitet, die Personal für Flüchtlingsunterkünfte rekrutieren. Jedem Unternehmen raten sie dringend, schon in der Stellenausschreibung zu schreiben, dass Mitarbeiter für Flüchtlingsheime gesucht werden. Sinnvoll ist auch, dort das Leitbild des Unternehmens zu nennen. Im Bewerbungsgespräch sollten künftige Angestellte in Unterkünften gefragt werden, wie sie mit Anfeindungen aus der Nachbarschaft oder mit Konflikten unter den Bewohnern umgehen würden. Die Aufgaben müssen klar benannt werden. Im Fall der Sicherheitsfirmen sind es Schutz der Geflüchteten und Deeskalation bei Streitereien in der Unterkunft.

Alle Mitarbeiter sollten in Seminaren weitergebildet und für Rassismus sensibilisiert werden. Sie sollten in der Lage sein, die Symbole von Nazis (einschlägige Marken, Codes etc.) zu erkennen. In Rollenspielen sollte geübt werden, wie man am besten auf rassistische Propaganda reagiert, und wie man den Sorgen der Anwohner begegnet. Übungen, bei denen die Mitarbeiter sich in die Situation der Geflüchteten versetzen, lehren Empathie.

Wichtig ist auch, dass die Chefs und auch die Betreiber der Unterkünfte sich regelmäßig nach den Bedürfnissen der Mitarbeiter erkunden, um Unzufriedenheit und Stress zu vermeiden. Im Fall der Hamburger Unterkunft hatten die Mitarbeiter keinen geschlossenen Pausenraum. Sie hatten also keine Möglichkeit, in einer

schwierigen Situation Abstand zu gewinnen, zur Ruhe zu kommen, was das Stresslevel erhöhte. In den Gesprächen mit den Mitarbeitern müssen Bedenken und Ängste diskutiert werden.

Grundsätzlich ist es außerdem wichtig, dass die Träger Subunternehmer vermeiden, um einen besseren Kommunikationsfluss zu garantieren und nicht den Überblick über das Personal zu verlieren.

Die Heimbetreiber sollten mit dem zuständigen Polizeirevier in engem Kontakt stehen, um bei Übergriffen schnell reagieren zu können. Eine gute Vernetzung mit Entscheidungsträgern wie Vereinspräsidenten, den Leitern von Jugendclubs in der Umgebung ist wichtig. Ein gutes Instrument, um ein Netzwerk zu etablieren, sind Runde Tische.

Zur Arbeit mit Aufnahmeeinrichtungen und Sicherheitsdiensten: <http://hamburg.arbeitundleben.de/img/daten/D286150528.pdf>

Wie integriert man die neuen Nachbarn?

Zum Auftrag von Sozialarbeitern in Flüchtlingsunterkünften sollte gehören, die Flüchtlinge mit Kindergärten, Jugendtreffs und Sportclubs in der Umgebung in Kontakt zu bringen.

Aber auch andere externe Akteure sind gefragt, um die Flüchtlinge ins Alltagsleben der Nachbarschaft einzubinden. Damit die Neankömmlinge an Festen und Veranstaltungen teilnehmen können, organisieren zum Beispiel Willkommensinitiativen in mehreren Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern Fahrdienste. Eine Demokratieberaterin aus Mecklenburg-Vorpommern engagiert für solche Anlässe einen Dolmetscher, damit Anwohner und Geflüchtete sich austauschen können. Sie bietet den Asylbewerbern außerdem die Möglichkeit, Fotos und Musik aus ihrer Heimat zu zeigen.

Gerade im ländlichen Raum besteht auf vielen Ebenen Interesse, dass Flüchtlinge sich dort langfristig niederlassen. Der Zuzug ermöglicht es Kommunen, die Einwohner verlieren, Infrastruktur aufrechtzuerhalten oder sogar auszubauen. Buslinien, die wegen mangelnder Nutzung nicht mehr bedient werden, können wieder in den Fahrplan aufgenommen werden. Schulen, die geschlossen werden sollten, können dank Flüchtlingskindern geöffnet bleiben. Diese Ausgangslage sollte man

nutzen, um die Menschen, die zu uns fliehen, besser zu integrieren.

Die verschiedenen Verwaltungs- und Politikebenen sollten sich vernetzen, um Flüchtlingsfamilien in Orten unterzubringen, wo Schulen vor der Schließung stehen, oder wo das öffentliche Nahverkehrsnetz abgebaut worden ist. Dass die Infrastruktur dank der Zugezogenen ausgebaut wird, muss als positive Entwicklung in der Gemeinde kommuniziert werden.

Die Geflüchteten können gerade Orte, die Einwohner verlieren, auch als Wirtschaftsstandort attraktiver machen. Damit die Zuwanderer auch langfristig in der Gegend bleiben, könnten die Industrie- und Handelskammern Unternehmer und Geflüchtete frühzeitig zusammenbringen.

Ein Vorbild kann das Projekt W.I.R. (Work and Integration for Refugees) in Hamburg sein, das zum Ziel hat, Geflüchtete schneller in den Arbeitsmarkt zu vermitteln. Dafür haben sich Arbeitsmarktpartner mit Flüchtlingshilfsvereinen vernetzt.

Zunächst erfassen Jobcenter und die Agentur für Arbeit die beruflichen Kompetenzen der Asylbewerber und loten gemeinsam mit ihnen Perspektiven auf dem deutschen Arbeitsmarkt aus. Im zweiten Schritt sollen die Geflüchteten Deutschkenntnisse und möglicherweise fehlende Qualifikationen erwerben. Gleichzeitig helfen die Mitarbeiter dabei, Abschlüsse anerkennen zu lassen. Jobcenter und Agentur für Arbeit arbeiten bei dem Prozess eng mit Unternehmen zusammen. So sollen Jobangebote schnell bei Geflüchteten ankommen.

Immer ist es sinnvoll, wenn die Behörden mit migran-tischen Selbsthilfegruppen zusammenarbeiten. Flüchtlinge haben oft bereits klare Vorstellungen von ihrem Leben in Deutschland.

W.I.R. in Hamburg: <http://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/4595800/2015-09-04-basfi-work-and-integration-for-refugees/>

Die Aktion-Neue-Nachbarn des Erzbistums Köln: <http://www.aktion-neue-nachbarn.de/>

Sehr gern ergänzen wir weitere Tipps in der Online-Version der Dokumentation. Bitte schicken Sie Ihre Vorschläge an: info@amadeu-antonio-stiftung.de

Veronica Frenzel



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und
Integration



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

Novalisstraße 12
10115 Berlin
www.amadeu-antonio-stiftung.de